

Die „Volkswacht“
erschiet täglich Nachmittag außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, 7-10 Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mk. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 8170.

Volkswacht

für Schlesien Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon
Nr. 451.

Telephon
Nr. 451.

Nr. 18

Donnerstag, den 22. Januar 1903.

14. Jahrgang.

Erklärung.

In der heutigen Sitzung des deutschen Reichstages ist durch den ersten Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ein die durch die Verfassung garantierte Redefreiheit der Abgeordneten vernichtender Gewalttätigkeit verübt worden, gegen den wir im Namen und Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion hiermit öffentlich Protest erheben, nachdem der Redner, Parteigenosse v. Vollmar, vergeblich versucht hat, in der Sitzung sein Recht zu wahren.

Er beabsichtigte im Laufe seiner Stabsrede die verletzenden Äußerungen zur Sprache zu bringen, die der Kaiser in seinen bekannten Reden in Essen und Breslau im Dezember v. J. gegen die deutsche Sozialdemokratie geschleudert hat. Das zu thun hatte Vollmar nach den bisherigen, durch den Präsidenten Herrn Grafen v. Ballestrem selbst im Reichstage eingebürgerten Regeln volles Recht.

Der Präsident, Herr Graf v. Ballestrem, hat in den Sitzungen des Reichstages vom 21. Januar 1899, ferner vom 21. Juni 1899 und endlich vom 12. Dezember 1899 ausdrücklich erklärt, daß er eine Besprechung kaiserlicher Reden in angemessener Weise, sobald sie authentisch, z. B. durch den „Reichs-Anzeiger“ bekannt geworden seien, zulassen werde.

Obwohl nun die Reden in Essen und in Breslau im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht worden sind, und obwohl Vollmar auf Einwendung des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ausdrücklich erklärt hatte, er werde den Fall Krupp, mit dem jene Reden in Verbindung stehen, mit keinem Worte erwähnen, sondern sich ausschließlich auf die Kritik der gegen die sozialdemokratische Partei gerichteten Beschuldigungen des Kaisers beschränken, so ließ der Präsident diese Kritik nicht zu.

Dieser Willkürakt des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ist um so unerhörter, als er es in der Ordnung fand, daß sowohl in der gestrigen als in der heutigen Sitzung des Reichstages das Zwinemünder Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten von Bayern, das im „Reichs-Anzeiger“ nicht veröffentlicht worden ist, in der gründlichsten Weise erörtert wurde, insbesondere auch durch den Zentrums-Abgeordneten Dr. Schädlcr.

Da die Geschäftsordnung des Reichstages keinen Weg bietet, diesen nur bei Kenntnis der Geheimgeschichte des Falles Krupp verständlichen Gewalttätigkeit des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, im Reichstage selbst zur Erörterung zu bringen, so wenden wir uns an die Öffentlichkeit. Wir überlassen dem deutschen Volke, über dieses durch den Präsidenten des Reichstages auf die Redefreiheit der Abgeordneten verübte Attentat das Urteil zu fällen.

Berlin, den 20. Januar 1903.

Im Namen und Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages.

Der Fraktionsvorstand:

Webel, Meister, Pfaundsch, Singer.

Der Gewaltakt Ballestrems

findet in der gesamten Presse eine mehr oder minder scharfe Beurteilung. Wir mühen uns darauf beschränken, einige wenige Präzisierung für wiederzugeben. Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt unter der Überschrift:

Ballestrem, Diktator.

Der Präsident des Reichstages, Graf Ballestrem, hat gestern der Redefreiheit im deutschen Parlament das Grab gegraben. Nachdem er bereits in den letzten Tagen und später im Reichstage die schärfste Kritik gegen seine Geschäftsführung heraufgeschoben hatte, hat er gestern dem sozialdemokratischen Abgeordneten v. Vollmar verboten, zwei im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichte kaiserliche Rundgebungen zu kritisieren, nachdem er am Tage zuvor dem Zentrumsabgeordneten Dr. Schädlcr gestattet hatte, die nicht im „Reichs-Anzeiger“ abgedruckte Zwinemünder Depesche des Kaisers in den Reichstag seiner Erörterungen zu ziehen. Dieses Vorgehen des Präsidenten rief gestern im Hause einen nur

zu berechtigten Entrüstungssturm der Sozialdemokraten hervor, der an die schlimmsten Tage aus den Kollkämpfen erinnert. Allen Hinweis des Redners auf das Unschliche, Inkonsequente des präsidialen Verfahrens hielt Graf Ballestrem die Behauptung entgegen: Es handelt sich um eine private Angelegenheit und die Kritik nicht diktieren. Es war interessant, die beiden Gegner zu beobachten: während Graf Ballestrem zuerst mit gepreßter Stimme sprach und schließlich in einen Zustand höchster Erregung gerieth, blieb Herr v. Vollmar vollkommen ruhig; mit klarer Stimme brachte er seine sachlichen Einwendungen gegen das gänzlich unverständliche Verhalten des Präsidenten vor. Er bemühte sich, im Verein mit älteren Fraktionsgenossen, die Ausbrüche der gerechten Empörung der jüngeren zu dämpfen.

Und Graf Ballestrem stand mit seiner Ansicht isoliert. Selbst die „Nationalliberale Korrespondenz“ stellt fest, daß seine Weigerung im ganzen Hause das äußerste Bestremde erregt hat. Auch am Bundesratsstische hatte man die Ablehnung jeder Diskussion über die Kruppreden des Kaisers nicht erwartet. Die hochgehende politische Erregung und Bewegung, die sich an die kaiserlichen Rundgebungen aus Anlaß des Falles Krupp geknüpft haben, die das deutsche Volk bis in die tiefsten Tiefen erregt haben, und die nächst dem Kollkämpfe das wichtigste innerpolitische Ereignis des vergangenen Jahres gewesen sind, erklärt Graf Ballestrem für eine private Angelegenheit des verstorbenen Großindustriellen Krupp!

Durch die gestrige Stablierung der Präsidialdiktatur ist es den Vertretern von 2 1/2 Millionen deutscher Arbeiter, deutscher Wähler unmöglich gemacht worden, sich gegen Bezeichnungen wie „Gesinde“ u. dgl. von dem einzigen Orte aus zu verteidigen zu sehen, an dem bisher noch ein offenes Wort gesprochen werden konnte, von der Tribüne des deutschen Reichstages aus! Zu dem Majestätsbeleidigungs-Paragrafen in der Hand des Staatsanwalts gefügt sich das diktatorische Veto des Präsidenten der Volksvertretung. Schwerer konnte das Ansehen des Reichstages nicht getroffen werden, als es gestern durch den Grafen Ballestrem geschehen ist, der das heiligste Palladium des Parlamentes, die Redefreiheit, vernichtet hat. Noch entbehrt das Haus der In-schrift. Wir schlagen vor, die Worte an die Siegelwand des Wallot'schen Prachtbauens zu setzen:

„Hier gab Franz Graf v. Ballestrem, Präsident des deutschen Reichstages, der verfassungsmäßig gewährleisteten Redefreiheit der Vertreter des deutschen Volkes den Todesstoß am 20. Januar 1903.“

Selbst die konservative „Tägliche Rundschau“ empfindet vor dem präsidialen Vorgehen ein gelindes Grausen:

„Im deutschen Reichstage hat sich heute ein häßlicher Zwischenfall ereignet: Graf Ballestrem hat es dem Abgeordneten v. Vollmar unmöglich gemacht, die beiden Kaiserreden von Essen und Breslau, die sich doch gewiß offen und unverhüllt gegen die Sozialdemokratie gewandt hätten, im Rahmen der Geschäftsberatung zu besprechen. An gewohnter Stätte finden unsere Leser die Schilderung des Eindruckes, den das präsidiale Vorgehen im Hause hervorrief; des Hin und Her der Wechselrede zwischen Präsident und — wir finden keinen anderen Ausdruck — Gemahregelten; des immer von neuem von den sozialdemokratischen Vätern aufwallenden Grimmes, der doch in Erinnerung schmerzlicher Erfahrungen vor rohem Tumult zurückgeht und (man wird ein gewisses Gefühl des Respekts nicht los) der vornehmsten Ruhe, die der aristokratische Sozialdemokrat dem von Entgegnung zu Entgegnung erregter werdenden Präsidenten entgegensteht.“

Die Kaiserreden von Breslau und Essen sind durch Anschläge bekannt gemacht worden; auf Anordnung beamteter und behördlicher Organe hat man sie in Kasernen und staatlichen Betrieben skandalös ausgehängt. Und die sollten nicht öffentlichen Angelegenheiten gegolten haben: das sollten höchstens unverbindliche Privatmeinungen sein! Als aber gestern der Domkapitular Schädlcr mit breitem Wortschwall dem „Präsidenten des Deutschen Reiches“ das von keinem „Reichs- und Staatsanzeiger“ veröffentlichte Zwinemünder Telegramm vorhielt, da sah Graf Ballestrem dem wohlgefällig zu und heute, ja heute fand er zur Erklärung solchen Widerpruchs buchstäblich keine andere Antwort als die historische Ausrede Junfermanns. Von den sozialdemokratischen Vätern ist das böse Wort „Partei-Präsident“ heute wieder zum Präsidentensthule emporgeschrien; aber auch die „Nationallib. Korresp.“ stellt das gestern geübte Verfahren der Präsidialdiktatur von heute nachdenklich gegenüber. Der Gegenatz ist, wie gesagt, so grell, daß es einem schwer wird, allen Verdacht zu bannen.

An leitender Stelle erörtern wir die politische Tragweite jenes unbedingten Verbotes, das Graf Ballestrem gestern in schroffem Widerspruch zu seiner bisherigen Haltung gegenüber der kaiserlichen Reden erlassen hat. Der theoretische Kampf des Herrn v. Vollmar um sein unbestreitbares Recht, eine kaiserliche Rundgebung gegen die Sozialdemokratie vor dem Forum der Volksvertretung zu erörtern, endigte zwar mit dem Siege der präsidialen Autorität, aber die Szenen, die diesen Kampf begleiteten, die lebendigen Zwischenfälle, die jede einzelne Auslassung des Präsidenten, jeden Satz des Abg. v. Vollmar stürmisch umbrachten, sie beschworen nicht nur die Erinnerung an die verflochtenen Tage des wüsten und häßlichsten Kollkämpfes herauf, sie zeigten auch, über welch gefährlichen Abg. änden die präsidiale Entscheidung schwebt. Und man weiß nicht, was heute und was morgen noch werden mag, denn es ist ziemlich klar, daß die Sozialdemokratie den Kampf nicht ohne weiteres verliert, sondern immer wieder versuchen wird, die Breslauer und die Essener Kaiserreden im Reichstage zur Sprache zu bringen.

Der „Vorwärts“ wird ein paar Tage glänzende Geschäfte mit dem Einzelverkauf machen; schon jetzt geht es uns in den Ohren, wie sie morgen wieder strapaziert, strahnd den „hochinteressanten Artikel“ des „Vorwärts“ über die Wundtortmachung“ ausbrüllen werden; die sozialdemokratische Agitation wird frische Zufuhr und neuen Auftrieb erfahren. Das wird dann aber auch zu ziemlich alles sein; etwelchen Nutzen werden Kaiser und Reich daraus nicht ziehen, weder die Person, noch die Institution.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ ist bezeichnend geworden:

„Der Präsident, er, der sonst mit größter Ruhe und Besonnenheit die Geschäfte des Hauses leitet, war schon von Anfang an schamlos

bar etwas nervös und sprach sich während der Diskussion mit dem Abgeordneten v. Vollmar bedauerlicherweise in immer größerer Erregung hinein, bereit, daß er einige Einwürfe des Redners wohl augenblicklich nicht genau auffaßte. Vielleicht waren ihm auch die Rundgebungen, die der Abgeordnete v. Vollmar im Scheinlich für die Debatte nicht so enge Grenzen gezogen hätte, wie es ist, ohne daß er dabei seiner Absicht, den „Fall Krupp“ im Reichstage nicht aufrollen zu lassen, hätte Eintrag tun müssen. Verhindert hat er schließlich doch nicht, was der Abgeordnete hatte sagen wollen.“

Die letzte Behauptung ist sehr kühn, Vollmar hat eben nicht sagen dürfen, was er sagen wollte.

Die „Kreuzzeitung“ sagt: „Die ungleicherartige Stellung des Präsidenten zu der Besprechung des Kaisertelegramms und zu der Krupp-Angelegenheit läßt sich schwer rechtfertigen. Am besten wäre es freilich, wenn, wie früher, eine Kritik kaiserlicher Rundgebungen überhaupt nicht zulässig wäre.“

Die „Nationalzeitung“ führt aus: „Sollte längere Zeit ein derartiges Verfahren als statthaft anerkannt werden, so würde die Volksvertretung aufhören, das wichtigste Organ der öffentlichen Meinung zu sein, und zu einem bloßen Apparat für das Fertigmachen von Gesetzen und Staatsverordnungen. Für die getriggerte Verweigerung desjenigen Maßes von Redefreiheit, welches am Tage zuvor dem Zentrum gewährt wurde, fehle sogar ein Vorwand, wie er bei der Beratung des Antrags Karborsch vorgebracht worden sei.“

Der „Vorwärts“ erinnerte an die schweren Vorwürfe des Kaisers gegen die Sozialdemokratie, an die Worte von der niederträchtigen und gemeinen Tat, von dem durch die Sozialisten rücksichtslos ausgebeuteten, terrorisierten und geknechteten Massen und sagt dann:

Diese politischen Rundgebungen erregten das ganze Reich, die ganze deutsche Bevölkerung. Es waren die schwersten Anklagen, die je gegen die Sozialdemokratie erhoben worden waren. Es waren Anklagen, durch welche auf die deutschen Parteiverhältnisse eine einschneidende Einwirkung geübt werden sollte. Und jetzt dürfen diese Reden im Reichstage in keinem Worte erwähnt werden!

Der Reichstags-Präsident erklärt, diese Reden beträfen keine öffentliche Angelegenheit und zitierten sich deshalb der Besprechung im Reichstage.

Der Präsident des Reichstages ist sich bewußt, daß im ganzen Reiche niemand seine Begründung als berechtigt anerkennen wird.

Der Präsident handelt gegen alle öffentlichen Tatsachen, gegen allen Verstand.

Der Präsident handelt gegen alle feierlichen Erklärungen, die er selbst früher über die Behandlung der Kaiserreden gegeben.

Warum ertötet der Präsident die eigene Ueberzeugung? Warum unterdrückt er die Stimme des eigenen Gewissens? Warum verlegt er die eigenen Versprechungen? Warum begeht er die ungeheuerlichste Vergewaltigung der Redefreiheit des Parlamentes?

Warum? Diese Frage erhebt sich und sie wird allüberall in der deutschen Bevölkerung erhoben werden, und immer dringlicher wird sie um sich greifen.

Es soll in der Volksvertretung das offene Wort über die Krupp-Angelegenheit und die Kaiserrede von Essen und Breslau vernehmlich werden. Im geheimen werden die Gerüchte gehen und im geheimen wird das Volk Antwort suchen auf die unabwendbar sich aufzwingende, unerbittliche Frage: Warum das Opfer des Intellekts, warum der Rechtsbruch der Wortvergewaltigung? Welche Geheimnisse bergen sich hinter der Krupp-Tragödie, daß jedes öffentliche Wort darüber erstickt werden muß?

Graf Ballestrem und die Kaiserreden.

Das vom Grafen Ballestrem geübte Verbot, die Kaiserreden von Essen und Breslau im Reichstage zu besprechen, erhält erst seine vollständige Kennzeichnung durch die Erinnerung an die Erklärungen, die Graf Ballestrem selbst bei früheren Anlässen über die Behandlung von Kaiserreden im Reichstage gegeben hat.

Dr. Wiemer wies in der Sitzung vom 21. Januar 1899 auf die Deubauer Rede des Kaisers hin, welche eine Zuchthausvorlage ankündigte. Darauf Prä. v. Ballestrem:

„Ich werde keinen Redner hindern, Reden seiner Majestät des Kaisers oder eines der höchsten und hohen Bundesfürsten hier bei den Erörterungen zu erwähnen; jedoch, meine Herren, setzt dieses voraus, daß die Reden dieser höchsten und hohen Personen dem Reichstage authentisch bekannt geworden sind. Unter „authentisch“ verstehe ich, entweder, daß sie uns auf geschäftsordnungsmäßigem Wege zugehen, wie zum Beispiel die Thronrede oder andere ähnliche Rundgebungen des Kaisers ähnlicher Art, oder daß sie im „Reichs- und Staats-Anzeiger“ ihrem Wortlaut nach veröffentlicht sind.“

Sitzung vom 21. Juni 1899:

Abg. Köstler-Dessau: Meine Herren, der Kaiser hat damals (in Wilsfeld) diese Worte gesagt unter dem Eindruck dessen, was er gehört hatte und was ihm mitgeteilt war.

Präsident: Ich bitte den Herrn Redner, Äußerungen des Monarchen, die uns nicht beglaubigt zugegangen sind, nicht in den Bereich seiner Ausführungen zu ziehen. Ich habe das schon früher gesagt.

Abg. Köstler-Dessau: Ich darf den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam machen, daß, wie wir innerlich ist, er seiner Zeit nur die nicht in einem amtlichen Organ publiziert worden sind, hier nicht zur Sprache gebracht werden dürfen. Diese Rede, von der ich sprache, hat im „Staats-Anzeiger“ gestanden und ist in der „Königlich Preussischen Staats- und Deutschen Reichs-Anzeiger“ sogar erst aufgenommen worden, nachdem diese Veröffentlichung der „Königlich Preussischen Telegraphen-Bureau“ stattgefunden hatte.

Präsident: Sie... etwas anderes. Dann können Sie...

Rebels Broschüre „Unsere Ziele“ ist jenseits in der ersten Auflage in der Buchhandlung „Vorwärts“ erschienen. Im Jahre 1869 hatte Rebel in einer Versammlung in Stuttgart eine Polemik mit einem Mitgliede der Volkspartei. Ein Organ dieser Partei, die „Demokratische Correspondenz“, zog in 8 langen Artikeln gegen Rebels sozialistische Tendenzen zu Felde. Im Leipziger „Volkstaat“ vertrat Rebel seine Anschauungen, und so entstand die Broschüre, die seitdem in der Partei große Verbreitung gefunden hat und jetzt von der Parteibuchhandlung, durch immer noch starke Nachfrage veranlaßt, neu herausgegeben wurde. In seinem Vorwort zu dieser Auflage sagt Rebel:

„daß die Schrift, trotzdem in ihr ein Standpunkt vertreten wird, der heute von der sozialistischen Bewegung als übermunden anzusehen ist, immer noch Leser findet, ist wohl dem Bestreben zuzuschreiben, sich über eine Periode in der Bewegung zu unterrichten, die zweifellos eine interessante war, ohne die die Bewegung nicht wäre, was sie heute ist.“

Dieses Werden unserer Partei spiegelt die Broschüre wieder. Die lebendige Sprache, durch die sich die Schrift auszeichnet, ist aber geeignet, auch heute noch der sozialistischen Bewegung neue Anhänger zuzuführen und deshalb empfiehlt sich noch immer ihre Verbreitung als Agitationschrift. Der Preis ist 30 Pf. Bestellungen nehmen alle Parteiblätter entgegen.

Arbeiterbewegung.

Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Der als Oberstarbamer bisher unvortheilhaft bekannte Baumeister Festsch, der in der schärfsten Weise die Organisationen der Arbeiter bekämpfte, scheint auf seine alten Tage etwas vernünftig werden zu wollen. Am Schlusse eines Rückblicks auf die Kämpfe im Baugewerbe im Jahre 1902 und eines Ausblicks auf 1903 sagt er in der Baugewerkszeitung:

„Vielleicht aber entspringt eine noch schönere Frucht aus diesem Kampfe oder wird wenigstens für künftig vorbereitet, nämlich die, daß in gegenseitiger Erkenntnis der Machtverhältnisse im gegebenen Falle ein rechtzeitiger Friedensschluß eintritt in Form von „arbeitsrechtlichen Vereinbarungen“, das sind gegenseitige Vereinbarungen über Arbeitszeit, Lohnhöhe und sonstige Arbeitsbedingungen.“

Nichts Anderes erstreben ja auch die Arbeiterorganisationen. Die Bekämpfung mit ihnen hat also selbst auf diesen hartgesottenen Arbeiterfeind und „Herrn im Hause“ ergebnislich eingewirkt.

Die Vereinigung der französischen Gewerkschaftsorganisationen. Mit dem 1. Januar d. J. ist eine seit langem angestrebte Vereinigung der beiden großen gewerkschaftlichen Organisationen, die in Frankreich neben einander existierten, zur Thaliach gemordet. Der Kongreß der Arbeitslosen, der in Algier stattfand und der Kongreß der Gewerkschaftsverbände von Montpellier beschloßen, daß ihre Exekutivkomitees (oberste Leitung) miteinander in Verbindung zu treten und eine Verständigung herbeizuführen hätten. In den französischen „Arbeitsblättern“ sind die Arbeiter lokal zusammengefaßt, etwa in der Weise, wie in den deutschen Gewerkschaftsartikeln. Die einzelnen Berufs bilden „Syndikate“, welche sich um die Arbeitslosen gruppieren und ihre Aufgaben durch die Entlohnung und mögliche Ausübung ihrer korporativen Rechte am Ort für erledigt halten. Die Arbeitslosen des Landes waren allerdings in einem Bunde der Arbeitslosen vereinigt. Neben dieser Organisation besteht in Frankreich die „Confédération du Travail“. Diese umfaßt die Berufs- und Industrieverbände, die sich, wie unsere deutschen Zentralverbände über das ganze Land ausbreiten suchen. Durch die oben bezeichneten Beschlüsse sind diese beiden Organisationen nun miteinander verbunden; allerdings ist dies vorläufig noch in ziemlich loser Form geschehen. Die Leitungen der beiden werden in Zukunft die Aktionen gemeinsam dirigieren. Jedes einzelne Syndikat, d. h. nach demselben Wortgebrauch jede Ortsverwaltung oder Jobstelle eines Nationalverbandes ist in Zukunft zugleich an die Arbeitslosen des Ortes angegliedert, während die lokalen Syndikate, die jetzt den Arbeitslosen angehören, sich ihrem Nationalverband anschließen haben. Allerdings bleiben noch viele Gewerkschaften außerhalb dieser Verbindung und diese selbst ist noch sehr unvollkommen, aber es ist immerhin der erste Schritt zur definitiven Vereinigung, welche der bedauerlichen Zersplitterung der französischen Arbeiterschaft ein Ende machen wird.

Schales und Provinzielles.

Breslau, den 22. Januar.

w. Keine Versammlung -- eine Versammlung. Eine Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Grünberg sollte am 1. Juni des vorigen Jahres stattfinden. Da der erste Vorsitzende verreist war, wollte sein Stellvertreter, Genosse Schönknecht, die Leitung übernehmen. Er war der Meinung, die tatsächlich nicht angemeldete Versammlung sei von dem ersten Vorsitzenden angemeldet worden. Zur festgesetzten Zeit hatten sich etwa 12 Personen in dem Versammlungsraume beim Gastwirt Weiß eingefunden. Schönknecht erklärte hier, daß man die Versammlung nicht abhalten werde; es seien zu wenig Leute da, auch habe er keine polizeiliche Bescheinigung über die Anmeldung. Man blieb dann noch eine Weile sitzen und unterhielt sich gemütlich, ohne daß in irgendwelche Verhandlungen eingetreten wurde. — Trotzdem wurde Schönknecht wegen Uebertretung der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes angeklagt. Man sah ihn als Unter-

Litteratur.

Fanny Jule: Die Arbeitslosen-Unterstützung in den deutschen Gewerkschaften. Nach Angaben der Gewerkschaftsverbände. Berlin 1903. Verlag der Sozialistischen Monatshefte. Preis 75 Pf. Die Erkenntnis, daß die allgemeine gesellschaftlichen Frage der Arbeitslosen-Unterstützung mit Erfolg eingeleitet haben. Für die arbeitslosen Opfer der gesellschaftlichen Erschütterungen zu sorgen, ist in dem letzten Jahrzehnt immer allgemeiner geworden, die Frage einer allgemeinen Arbeitslosen-Unterstützung ist aus dem Stadium platonischer Wünsche in das der tatsächlichen Etablierung getreten.

Se einziger aber die Frage behandelt wurde, um so deutlicher treten die ungelösten Schwierigkeiten hervor, welche jeder ernstliche Versuch ihrer Lösung bietet. Deshalb muß jeder Sozialpolitiker an dieser dringenden Aufgabe des gegenwärtigen Jahrzehnts achtlos vorbeigehen, die Einrichtungen der Organisationen, welche für ihre Mitglieder Arbeitslosen-Unterstützung mit Erfolg eingeführt haben, in ihrem Werden und Wachsen genau studieren.

In diesen Organisationen gehören in erster Reihe eine ständig sich mehrende Zahl deutscher Gewerkschaften. Leider ist das Material über den wachsenden Unterstützungsbedarf in den Rechnungsberichten und Genera-Versammlungs-Protokollen der Gewerkschaften verstreut, aus denen es nur mühsam herausgefunden werden kann.

Die Verfasserin der vorliegenden Schrift hat sich dieser unständlichen Arbeit unterzogen und in übersichtlicher Weise alles zusammengestellt, was in den deutschen Gewerkschaften auf dem erwähnten Gebiete bisher geleistet worden ist. Dadurch hat sie jedem Sozialpolitiker ein wertvolles, gar nicht zu entbehrendes Material in bequemster Weise zugänglich gemacht.

Das Buchlein ist aber nicht etwa eine trodne Zusammenstellung 2 statistischer Tabellen, sondern gibt eine anregende Schilderung von der Entwicklung dieses Unterstützungsweiges in den einzelnen Gewerkschaften, wobei die Momente, welche in jedem einzelnen Falle zur Einführung gedrängt haben, besonders hervorgehoben werden, und die Organisatoren für Weiterausgestaltung in lebendiger Weise dargestellt sind.

nehmer einer dem Gesetze zuwider nicht angemeldeten Versammlung an, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen. Eine gleiche Anklage blühte dem Gastwirt als dem, der den Raum hergegeben habe. Beide Angeklagten wurden in zweiter Instanz vom Landgericht Glogau zu Geldstrafen von je 15 Mark verurteilt. Es wurde ausgeführt: Wenn Schönknecht erklärte, er werde die Versammlung nicht abhalten, dann bedeutete das nur, es solle von der Erledigung des Programms (Vortrag, Diskussion zc.) abgesehen werden. Tatsächlich habe eine Versammlung stattgefunden, denn es habe sich eine nicht zu kleine Personenzahl (12!) zu einem gemeinsamen Zweck versammelt gehabt. Auch sei anzunehmen, daß öffentliche Angelegenheiten hätten erörtert werden sollen. Die Angeklagten treffe ferner ein Verschulden, da sie mangels einer Bescheinigung nicht damit hätten rechnen dürfen, daß die Versammlung vom abwesenden ersten Vorsitzenden angemeldet worden sei. Sie hätten die Zusammenkunft verhindern müssen. Die Angeklagten legten Revision ein. Ihr Vertreter, Rechtsanwalt Doktor Heinemann, wies eingehend auf das Verfehlen jenes Urteils hin. Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision und führte unter anderem aus: Die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes seien ohne Rechtsirrtum angewandt worden. Es sei nicht rechtsirrtümlich, wenn der Vorderrichter daraus, daß die Versammlung vom Sozialdemokratischen Wahlverein einberufen worden und ein Vortrag angekündigt gewesen sei, den Schluß zog, es hätten öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen. (1) Der Begriff der Versammlung sei ebenfalls richtig aufgefaßt worden und mit Recht habe das Landgericht ein Verschulden angenommen.

Als Delegierte zum Schlesischen Parteitage wurden ferner bestimmt: für Górlitz Genosse Keller (als Erbsmann Genosse Ritter), für Reichenbach Genosse Fianke, für Liegnitz die Genossen Mohring und Heider, für Striegau die Genossen Langer und Baubach, für Schweidnitz Genosse Heinrich Koch.

Eine neue Maschine wird augenblicklich in der Volkswachtdruckerei aufgestellt. Es handelt sich um eine sogenannte Rotationsmaschine, die in der Lage ist, die gesamte Auflage der Volkswacht um einige Stunden schneller fertigzustellen, als es bisher der Fall war. Unsere Leser werden diese Neuerung, die schon längst eine Notwendigkeit war, sicher mit Freuden begrüßen. Bis zur Fertigstellung der neuen Maschine muß nun die Drucklegung der Volkswacht auf kleineren Pressen als bisher erfolgen. Sollte nun in den nächsten Tagen wider Erwarten die Zustellung unseres Blattes sich um etwas verspäten, so bitten wir um freundliche Nachsicht. Später wird die Beforgung um ein wesentliches früher erfolgen können.

Lohnreduzierungen sind bei der Metallwarenfabrik von Heine und Seifert in Hirschberg vorgenommen. Infolge dessen sind Differenzen ausgebrochen. Es wird ersucht, den Zuzug fernzuhalten.

Achtung, Sattler und Frauen. In der Lederwarenfabrik von Wilhelm Meyer in Górlitz sind Differenzen ausgebrochen. Kollegen, richtet Euch danach. Um Abdruck wird gebeten!

N. Die Bauarbeiterschutzkommission. Es sind nun gerade vier Jahre her, daß sich in Breslau eine Bauarbeiterschutzkommission bildete, die bei den geringen Mitteln und den Schwierigkeiten, die man ihr von seiten der Arbeitgeber in den Weg stellte, immerhin viel geleistet hat. Die Vertreter der einzelnen Gewerkschaften, hauptsächlich der Maurer, Töpfer, Dachdecker zc. haben es nicht fehlen lassen, durch umfassende Bautenkontrollen vorzufindene Mißstände aufzudecken und so das Leben und die Gesundheit der Arbeiter zu wahren. Es hat sich oft herausgestellt, daß gerade die Bauhandwerker das nötige Verständnis für die Einzelheiten besaßen und die Arbeitgeber, die ihnen jede Befähigung zur Bautenkontrolle abspredien, erst auf die Mißstände aufmerksam machen mußten. Zu wünschen wäre es nur, daß alle Gewerkschaften, welche Bauhandwerker in ihren Reihen haben, sich der Kommission anschließen, um gemeinsam besser als bisher wirken zu können. Aus nachstehender Abrechnung ist zu ersehen, daß die Kommission leider mit noch sehr geringen Mitteln arbeiten muß.

Einnahme.

Stand vom vorigen Jahr	39.82 Mk.
Von der Zahlstelle der Maurer	30.—
„ „ „ „ Tuffkate	6.—
„ „ „ „ Maler	10.—
„ „ „ „ Töpfer	9.—
„ „ „ „ Holzarbeiter	6.—
„ „ „ „ Metallarbeiter	—
Von der Sektion der Klempner	6.—
Von der Zahlstelle I der Bauarbeiter	6.—
„ „ „ II	3.—
„ „ „ der Dachdecker	6.—
Extra-Einnahme von zwei öffentlichen Versammlungen der Bauhandwerker	34.90
Summa	156.72 Mk.

Ausgaben.

Für Zentrale der Volkswacht	24.—
Für 6000 Stück Handzettel	15.—
Für Austragen derselben	6.—
Für ein Material	5.—
Für Coalmiete	5.—
Für eine 4 tägige Bautenkontrolle	15.—
Für Verarbeitung des Materials von der Kontrolle nach Hamburg	5.—
Zurückgegebene Schulden	50.—
Für photographische Platten	3.50
Für photographische Aufnahme	2.50
Für sachliche Ausgaben und Photoarbeit	3.—
Für einen Verschleißkasten und Material des Apparates	4.—
Für Schreibmaterial und andere kleine Ausgaben	2.80
Summa	140.80 Mk.
Also bleibt Bestand für nächstes Jahr	15.92 Mk.

Die Unterschleife in der Gemeinde-Kasse in Jaborge. Die Revision der Bücher und Belege wird unter Aufsicht von Regierungsbeamten fortgeführt. Kürzlich war ein Regierungsrat anwesend, um mit dem Reichsschulinspektor des Reiches Jaborge und dem Pfarrer Schönbach, als Vertreter der gefährdeten Kirchenkasse, die Verhältnisse eingehend zu besprechen. Im Laufe dieser Woche wird Regierungspräsident Holz erwartet.

Wilma Jüling. Dieses Debattieren über den Verfall eines bedeutenden Menschen und inniges Mitgefühl für das wahrhaft traurige Schicksal dieses Menschen erfüllt heute bei der Nachricht vom Tode Wilma Jülings die Herzen aller, die von dieser großen Menschendarstellerin und verehrungswürdigen Dulderin wissen. Auch unsere Leser haben sich oft an der seelenerschütternden Kunst ihrer Vortragskörpern dichterischer Gestalten erhoben und dankbar entgegengenommen, was Wilma Jüling aus dem Schöße ihres reichen Könnens freigebig spendete. Aber auch in einer anderen Beziehung noch stand die nun Verblichene den Proletariern menschlich besonders nahe. War sie doch wie diese ausgeschlossen von den Genüssen, die der Besitz, das Geld dem Leben zu geben vermögen, wußte sie doch wie die Proletarier arbeiten, kämpfen, leiden, wie diese hungern und darben! Die ganze furchtbare Leidensgeschichte des armen Menschen, dem der göttliche Funke des Genies in der Seele glüht, dem aber widrige Lebensverhältnisse, dem schlechte und unverständliche Menschen schier unüberwindliche Hindernisse auf dem Wege zum hohen Ziele aufstürmen, dies leider so oft wiederholte Drama des großen Künstlers spiegelt die Lebensgeschichte Wilma Jülings in allen ihren großartigen und empörenden Einzelheiten wider. Zu erschütternder Größe aber wächst dies Menschenschicksal heran dadurch, daß die heldenmütige Kämpferin kurz vor ihrem Ziele, an der Schwelle zum Ruhm, zu einem Leben voll Glanz und Ehren, vom grinsenden Tod getroffen wird. Nur 31 Jahre alt, ist die Künstlerin dahingegangen in das Land, von wo es keine Wiederkehr giebt und in tiefer Trauer stehen an ihrem Grabe nicht nur die wenigen persönlichen Freunde der bescheidenen, vornehm empfindenden Frau, der man die edelsten menschlichen Eigenschaften nachschmilt, sondern auch die große Gemeinde derer, die in Wilma Jüling die wahrhaft große Darstellerin des Menschenlebens, der tiefsten, geheimsten und gewaltigsten Regungen des Menschenherzens bewunderten und verehrten.

Wilma Jüling wurde am 25. Juni 1871 in Willach (Niederrhein) als Tochter eines unbemittelten Apothekers geboren. Sie mußte sich zunächst als Klavierlehrerin, dann als Erzieherin und Gesellschaftlerin eine kümmerliche Existenz erringen. Als sie ihrem unbewinglichen Drange zur Bühne gefolgt war, gestattete sich ihr Leben noch viel kümmerlicher, denn in Verleugnung ihrer eminenten künstlerischen Begabung wurde sie lange Zeit als Statistin und Corvistin, später in ganz kleinen Rollen beschäftigt. Sie lernte in diesen Jahren das furchtbare Elend der Bühnenproletarier in seiner ganzen Tiefe kennen. Vor etwa 5 Jahren kam sie nach Breslau an die Vereinigten Theater, aber auch hier kam die Bühnenleitung erst langsam zur Erkenntnis ihrer künstlerischen Größe. Ihre größten Triumphe feierte sie in der Darstellung moderner Frauencharaktere, wie sie Ibsen, Björnsen, Sudermann und andere gelassen. Auf Einzelheiten gehen wir hier nicht ein. Das Eine aber soll gesagt werden: Nicht das umfassende technische Können machte die Meisterkraft Wilma Jülings aus, nicht die virtuoseste Beherrschung des Kunstfertigen. Ihre Größe — die wahre Größe des wirklichen Künstlers — lag in der starken seelischen Ironie und dem Menschen Jüling bei der Erfüllung ihrer künstlerischen Aufgaben. Sie spielte nicht ihre Rollen, sie erlebte sie, sie gab sich geistig und feilich in der Verkörperung der Gestalten, die sie vor uns stellte. Das machte Wilma Jüling zu der bewundernswürdigen Künstlerin, das aber forderte von ihr auch Opfer, wie sie der von Entbehrungen und Leiden wie rastloser Arbeit verzehrte 3 te Körper dauernd nicht zu geben vermochte. Eine heldenmütige Kämpferin, eine große, edle Künstlerin, eine bewundernswürdige Dulderin — das war Wilma Jüling; ihr Andenken möge lange in uns lebendig bleiben.

Gegen die vom Verein zur Bekämpfung der Disziplin beantragte Eintragung in das Vereinsregister hatte der Polizeipräsident in Frankfurt a. M. Einspruch erhoben. Dieser gründete sich auf Paragraph 61 des Preussischen Gesetzbuches, worin es heißt, daß der Einspruch zulässig ist, wenn der Verein nach dem öffentlichen Vereinsrecht unzulässig ist, oder wenn er einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt. Der Vereinsvorstand hat die Zulässigkeit des Einspruchs beim Verwaltungsamt in Wiesbaden erfolgreich bestritten. Gegen die Entscheidung des letzteren legte der Frankfurter Polizeipräsident Berufung beim Oberverwaltungsgericht ein. Dieses hat die Entscheidung des Wiesbadener Bezirksausschusses auf und wies die Klage des Vereins ab. Ja der Berufung heißt es, nach der „Frankf. Zig.“, ein Verein erfolge in dem Fall politische Zwecke, wenn er eine Einwirkung auf die Gesetzgebung oder die Grundzüge der Verwaltungspraxis erstrebe. Im Hinblick auf die Statuten und das sonstige Material müßte aber angenommen werden, daß der Verein im Auge habe, ein Bebot der Disziplin herbeizuführen.

Bauarbeiterversammlung. Am 18. d. M. hielten die Bauarbeiter der Zahlstelle I eine außerordentliche Generalversammlung im Gewerkschaftssaale ab. Der Entwurf in der Tagesordnung erbrachte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen: Robert Fiedig in würdiger Weise. Die Tagesordnung lautete: Neuwahl der Disziplinarmittel und Revisoren. Kollege W. Langer wurde als erster Bevollmächtigter, Theodor W. K. als Stellvertreter und W. Böckel als Schriftführer gewählt. Zu Revisoren wurden Lindner, Kiese-wetter und Gupka gewählt. Nachdem die elf Paradenre wieder gewählt, erhaltene Kollege W. Böckel den Bericht der letzten Kartellung. Böckel wurde wieder als Delegierter in das Kartell berufen. Der nächste Punkt beschäftigte sich mit den Anträgen für den nächsten Verbandstag. Die Kollegen Winkler und Höllner beantragten, daß ein einbürtiger Beitrag von 25 Pf. pro Mitglied in der Zahlstelle Breslau I eingeführt wird. Kollege Albert Langer wurde mit Stimmenergebnis als Delegierter für den Verbandstag gewählt. Unter Verbandsanträgen wurde betreffs der Begründungskasse erwähnt, daß die Kasse sehr geschwächt sei. Ein Antrag, daß von jetzt ab jedes Mitglied vier Pf. jährlich 25 Pf. in den Begründungsfonds zu zahlen hat, wurde angenommen. Dann führte Kollege Langer der Versammlung die schlechte Lage der hiesigen Bauarbeiter vor Augen. Er wünschte, daß die Sammelbarkeit unter den Kollegen verschwinden möge, denn nur dann könne etwas erreicht werden.

Striegau. Kartell-Bericht. Zur Aufsicht über den Kassierer Genosse Speer den Kassierbericht vom vierten Quartal, welcher infolge des Bestandes eine Einnahme von 253.22 Mk. aufwies. Ausgabe 74.54 Mk. Demnach bleibt ein Bestand von 188.68 Mk., was von den Revisoren für richtig befunden wurde und daher dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Gesamt-Vorstandes: als Vorsitzender V. V. V., dessen Stellvertreter V. V. V., als Kassierer Speer, als Stellvertreter V. V. V., als Schriftführer V. V. V., als Stellvertreter V. V. V. Zu Revisoren wurden V. V. V., Klein und V. V. V. gewählt. Der dritte Punkt: Verabschiedung der Beiträge wurde nach einer längeren Debatte gegen zwei Stimmen angenommen. Zur Unterstützung für die Zahlarbeiter in Meerane wurden 20 Mk. bewilligt. Es berichtet dann V. V. V. von einer Preisversteigerung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Freiberr von Richi oren an der Hand, es liege kein Bedürfnis nach einem Gewerbe-Schiedsrichtere vor. Tittel klagte über den nächsten Besuch der Kartell-Versammlung und forderte der Vorstand an die Gewerkschaft-Versammlungen einzuwirken zu beauftragen, so daß die Sitzung. Es schloß unerschuldig: Güte und Röhler.

Stiegan, 21. Januar. Selbstmord beging heute der Fabrikarbeiter Wilhelm Mann von hier. Um seine Felle zu putzen...

Pölsicht. Sonntag, den 18. Januar, Versammlung der allgemeinen deutschen Arbeiterklasse 'Solidarität'. Der Kassierer gab den Kassensbericht...

Kollegen! Wenn wir heute so traurige Zustände in unserem Berufsleben, so habt auch ihr einen Teil Schuld daran...

Schweidnitz. Wie gering die Arbeiter in der hiesigen Uhren-Industrie entlohnt werden, zeigt folgendes Inserat...

Ein gebildeter, tüchtiger Uhrmacher sucht Beschäftigung als Hausmacher, Steinfloßer o. dgl.

Stiegan, 17. Januar. Schwurgericht. Wegen verführerischer Handlungen hatte sich die verheiratete Fabrikarbeiterin Louise Jasch...

Zanzen. 19. Januar. Gestern sind sämtliche Personen, welche vor ca. 4 Wochen von tolenen Hunden gebissen wurden...

Stiegan, 19. Januar. Dessenitliche Gewerbevereins-Versammlung. Am vergangenen Sonntag tagte eine öffentliche Versammlung im 'Schiffhaus' mit der Tagesordnung...

70er Jahren habe die Industrie einen ungeheuren Aufschwung genommen. Die Kapitalisten hätten dabei sehr gut weggekommen...

Rattowitz, 20. Januar. Arbeiterstreik. Auf Grund einer am Freitag voriger Woche durch Wandanschlag bekannt gegebenen Verfügung...

Stiegan. 20. Januar. Wir glauben wir einfach nicht. Wegen verschiedener Nachrichten der 'Rattowitzer Zeitung' über das Verhältnis des hiesigen Arbeitersekretariats...

Stiegan, 20. Januar. Schwere Unfälle. Als gestern Nachmittag der Bergarbeiter Joh. Wilmert das Neugeborene...

Ständesaamtliche Nachrichten. Geburts- und Sterbefälle. Heirat.

Geurts- und Sterbefälle. Heirat. I. Geburtshelfer: Richard Reagon, Erb. Freitag 16 und Maria Schulz, kath. ebenda...

Städt-Theater. Donnerstag: 'Lanzhansler'. Freitag: 'Der Zigeunerbaron'.

Lobe-Theater. Donnerstag: 'Im bunten Rod'. Freitag: 'Heana Vanna'.

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater. Freitag Gruppe H, 2. Vorstellung: 'Als ich wieder kam'.

Contobücher und Packpapiere für häusliche Geschäftszweige. Albert Kohnke, Neue Wallgasse 5 I, Posenstraße 36, Telefon-Nr. I 9214.

Zeitgarten. Arra Mozza, Frauenstr. 24. Gertrudi u. Strwart, Gentileman-Straße 10. Burton u. Mayo, exzent. Straße 10. Theater Lippert, Gang- und Längener und Lang-Dumort...

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: 'Soziales und Wirtschaftliches'...

Cheschießungen. I. Maurer Gustav Dider, kath. Matthiasstraße 68, mit Anna Gottschilling, kath. Breitestr. 23/24...

Cheschießungen. I. Arbeiter Johann Smarky, kath. Matthiasstraße 170, mit Anna Mir, ev. Karlsstr. 46...

Cheschießungen. I. Arbeiter Johann Smarky, kath. Matthiasstraße 170, mit Anna Mir, ev. Karlsstr. 46...

Cheschießungen. I. Arbeiter Johann Smarky, kath. Matthiasstraße 170, mit Anna Mir, ev. Karlsstr. 46...

Musikwerke selbstspielende sowie Dreihörninstrumente mit selbstspielendem Metallhorn...

Grammophone für Klein- und große Platten. Accordeons, Zithern. Alle Arten Automaten mit Geldeinwurf gegen geringe Monatsraten.

Der wahre Jakob. Sozialdemokratisches Volksblatt. Durch die Expedition und Colportage.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: 'Soziales und Wirtschaftliches'...

Deutscher Reichstag.

243. Sitzung. Mittwoch, den 21. Januar. — 1 Uhr. Am Bundestisch: Reichskanzler Graf Bilow, Graf von Posadowsky, Frhr. von Thielmann, von Gophler, v. Tirpitz, Krafft. Die erste Lesung des Staats wird fortgesetzt.

Abg. Richter (frsf. Vp.):

Die schlechte Finanzlage ist zum großen Teil eine Folge der beiden Flottengesetze. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler sprach von den vielen Streichungen im Etat. Im Marinetat ist davon wenig zu merken. Hat der Bundesrat es gewagt, irgend etwas vom Marinetat abzusetzen? Nun sagt man, die Ausgaben für Bauten dürften nicht gekürzt werden mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit. Gerade im Baugewerbe herrscht aber ein gewisser Aufschwung. Es handelt sich jedoch nicht nur um Bauten, sondern auch um den Erwerb von Grundbesitz. Da meine ich, daß es sinnlos ist, die Behörden in der Mitte der Stadt zu bauen. Bewundert habe ich mich über die Ankündigung eines Nachtragsetats für die venezolanische Blockade. Woher sind denn unsere Schiffe überhaupt da, wenn nicht einmal 3-4 von ihnen zu einer Blockade sollen abkommandiert werden können? Deshalb ist die bereits im vorigen Jahre prophezeigte Räumung Tientsins noch nicht erfolgt? Dessen kostet uns jährlich 40 Millionen, eine Summe, die nicht sehr unter dem Selbstaufwand unserer Ausfuhr zurückbleibt. (Hört! Hört! links.) Nach dem Bericht der Hamburger Kaufmannschaft wird hervorgerufen, daß sich der Chinahandel durchaus nicht in dem erwarteten Maße gehoben hat.

Redner geht nun auf den Kolonialetat ein. Mit Eisenbahnen allein ist unseren Kolonien nicht zu helfen, mit denen überhaupt nichts anzufangen ist, wenn man nicht Gold oder Diamanten findet.

Redner geht darauf auf den Militäretat ein. Die für den künftigen Kaiser an den Kaiser an die Herr Dr. Schüller anführte, sind keineswegs vereinigt aufzutreten. (Sehr richtig! links.) Wenn es eine Kavalleriereform giebt, so besteht sie in der Notwendigkeit, die Kavalleristen der bishigen Metallhelme und alles dessen zu entledigen, was sie zur bequemen Zielschüsse der feindlichen Waffen macht. Wie man bei der gegenwärtigen Finanzlage mit der Oberstleutnantszulage kommen kann, ist mir rein unverständlich. Redner bespricht sodann unter großer Heiterkeit des Hauses die Unterhaltung der Grafenfelder Ehrenjungfrauen mit dem Kaiser und die Vergeltung der Tanghäuser von Düsseldorf nach Grafelfeld. Für diese Maßnahme ist der Kriegsminister verantwortlich. (Kriegsminister von Gophler nicht, Reichskanzler Graf Bilow lacht.)

In der Korrektur der Einnahmen-Voranschläge der Regierung sollten wir nicht blöde sein. Ein wirksames Mittel zur Hebung der Finanzen würde die Abschaffung der Liebesgaben sein. (Unruhe rechts.) Einen großen Teil der Schuld an der wirtschaftlichen Depression trägt die handelspolitische Unsicherheit. (Sehr richtig! links.) 1879 dauerte die ganze Neuordnung der Handelsverhältnisse 7 Monate; jetzt muß man 5 Jahre an der Geschichte herum. (Heiterkeit.) Wie soll man Geschäfte machen, wenn der Reichskanzler unsere künftigen Handelsverträge als ein Buch mit 7 Siegeln bezeichnet?

Der Fiskuspanleihe werden wir nicht zustimmen. Sie wird nur dazu führen, daß der Bundesrat das letzte Interesse an einer parlamentarischen Finanzwirtschaft verliert. Zur Deckung der Kolonial- und Marineausgaben könnten sich eigentlich die unterschiedlichen alldutschen Verbände Sondersteuern aufliegen. (Heiterkeit. Abg. Dr. Haffke lacht.) Ich hoffe doch, daß die Alldeutschen in ihrem patriotischen Eifer solche Separatzuschläge mit Begeisterung aufbringen werden, Herr Kollege Haffke. (Erneute Heiterkeit.)

Der Reichskanzler hat uns gestern die Sicherung des Wahlscheiterns zugesagt. Schön, sehr schön; ich hätte aber erwartet, daß er in einem folgenden Satz die Gewährung von Vätern zugesagt hätte. (Heiterkeit, Zustimmung links.) — Der Reichskanzler ist verantwortlich nicht für das was geschieht, sondern auch für das, was unterlassen wird.

Als alter Parlamentarier erinnere ich mich noch genau der Zeit, wo der Name des Kaisers hier gar nicht genannt wurde. — Unter Wilhelm I. war das auch nicht nötig. Aber andere Zeiten, andere Sitten! Die anderen Sitten sind uns aufgezungen worden. (Sehr richtig! links.) Es ist eine konstitutionelle Farce, wenn der Kaiser mit seiner Meinung sehr oft hervortritt und seine Äußerungen mit ihnen schwer wiegenden Folgen in allen Versammlungen besprochen werden können, im Reichstage aber nicht. Das hat man auch eingefunden und die parlamentarische Besprechung aller Reden gestattet, die im „Reichsanzeiger“ gestanden haben. Das ist aber keine feste Grenze. Im Wolffischen Telegraphenbureau stehen

oft Dinge, die wichtiger sind, als die, die im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden. Ich begrüße daher den gestrigen Präzedenzfall, wonach auch Sachen besprochen werden dürfen, die durch das „V. V.“ verbreitet werden. Allerdings ist gleich wieder eine Beschränkung hinzugefügt worden. Ich verstehe die gestrige Entscheidung des Präsidenten, gegen die ich ja nichts unternehmen kann, dahin, daß, abgesehen von dem einen Fall, alle Äußerungen des Kaisers zur Besprechung zugelassen werden sollen, die überhaupt ein öffentliches Interesse haben. Redner acht dann zum Schluß im Reichsanzeiger über. Das Telegramm explodiert, als der Kanzler gerade von Berlin nach Danzweig abgereist war. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß der Reichskanzler, wenn er vorher gefragt worden wäre, darauf hingewiesen hätte, daß das Telegramm gerade das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreichen mußte. (Der Reichskanzler nicht zustimmend.) Die Veröffentlichung ist das Entscheidende, aber gerade über sie ist der Reichskanzler hinweggegangen. Diese Veröffentlichung aber kann nur auf Grund einer Verfügung erfolgt sein. Nach der Reichsverfassung ist für solche Verfügungen der Reichskanzler verantwortlich. Denn ohne Gegenzeichnung des Reichskanzlers ist eine Verfügung ungültig. Wer hat die Anordnung gegenzeichnet und ist überhaupt eine Gegenzeichnung erfolgt? Gerade die Veröffentlichung hat die Kundgebung aus einer privaten zu einer öffentlichen gemacht. Dem Zentrum ist hier von der Regierung etwas beschert worden, was gemeinhin nur der Sozialdemokratie beschert wird. (Große Heiterkeit. Sehr wahr! i. Zentr.)

Der Reichskanzler hat uns gestern das interne Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler geschildert. Dies Verhältnis ist aber nicht Gegenstand unserer Kritik; wir wissen überhaupt zu wenig davon, um darüber rechten zu können. Was uns interessiert, was bei uns anstößt, ist, daß nach außen öffentliche Kundgebungen und Verfügungen erfolgen, bei denen der Reichskanzler vorher gar nicht gefragt worden ist. (Sehr richtig! links.) Dabei kann man gar nicht sprechen von beiderseitigen guten Willen, denn der Reichskanzler ist ja gar nicht nach seinem Willen gefragt worden, sondern es hat einfach geheißen: Suprema lex regis voluntas. (Sehr richtig! links.) Diese Art der Ausschaltung der Minister muß im Inland wie im Ausland zu unliebsamen Konsequenzen führen. Das ist nicht konstitutionell, das ist nicht einmal für einen absolutistischen Staat passend. (Sehr richtig! links.) Mit bestem Willen kann der Monarch, namentlich wenn man seinen beschränkten Umgangskreis bedenkt, nicht alle Einzelheiten der Gesetzgebung und Verwaltung im Kopfe haben. (Sehr richtig! links.) Ich fasse mich oft an den Kopf und frage mich: wie ist es möglich, so etwas zu veröffentlichen? (Sehr richtig! im ganzen Hause.) Ich weiß, es war in seiner Zeit so schwierig, Minister zu sein wie jetzt. (Graf Bilow nicht lächelnd. Große Heiterkeit bei allen Parteien.) Ich beneide die Herren Geheimräte. (Graf Bilow nicht wieder. Erneute Heiterkeit.) Fürst Bismarck war nicht der Parolensänger, als der er bezeichnet worden ist; er hat die „Kabinetsfrage“ oft gelöst. Aber wenn die jetzige Kabinetsregierung so fortgeht, so müssen die Minister in der Tat zu Handlangern herabgedrückt werden. Das wäre bedauerlich im Interesse der Minister selbst und des Wohls des Volkes, und nicht zum wenigsten der Krone selbst. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.):

Herr v. Bollmar hat gestern in seiner Rede, deren Ton, wie ich anerkenne, vorteilhaft von dem der Reden seiner Partei genossen abfiel, alle indirekten Steuern in Licht und Bann getan. Aber gerade in sehr vorgefertigten Kulturländern ist das System der indirekten Steuern weit entwickelter als bei uns.

Der Reichskanzler erwähnte gestern die Mandbemerkung des Kaisers zu dem Bericht des Fürsten Radolin, wonach die Bourgeoisie wenig geneigt zur Erfüllung sozialer Pflichten sei: „Ganz wie bei uns.“ Das ist unrichtig. Die deutsche Bourgeoisie in Stadt und Land hat ohne Murren trotz ihrer bedrückten Lage die Lasten der sozialen Gesetzgebung auf sich genommen.

Die Notlage der Landwirtschaft ist auch durch die Annahme des Zolltarifs nicht völlig gehoben worden.

Herr v. Wangenheim schätzt die landwirtschaftlichen Interessen mit seinem bekannten 750 Mk.-Antrag ein wenig zu hoch ein. Ich bin überzeugt, daß die Regierung bei den nächsten Handelsverträgen die Interessen der Landwirtschaft wahren, und daß sich auch keine landwirtschaftsfeindliche Mehrheit hier im Reichstage finden wird. Der engere Ausbau des Bundes der Landwirte hat scharfe Worte gegen Abgeordnete der konservativen Partei gerichtet. Der Bund der Landwirte, der für alle Parteien gegründet war, ist durch seine Erklärung über seine eigentlichen Befugnisse hinausgegangen.

Unser soziale Gesetzgebung hätte einen schnelleren und besseren Verlauf genommen, wenn wir noch ein Sozialkassengesetz hätten. Gegenüber einer Partei, die die Fundamente unserer christlichen

Kultur umflügen will, kann man nur mit einer besonderen Gesetzgebung auskommen. Die geistigen Waffen, die man immer für den Kampf gegen die Sozialdemokratie forderte, müssen außerordentlich stumpf gewesen sein; es sind mit ihnen so gut wie keine Erfolge erzielt worden. (Zustimmung bei den Soj.) auch nicht seitens des Abg. Richter, der ja eine recht geistvolle Schrift gegen den Sozialismus geschrieben hat. (Lachen bei den Soj.) Wir haben es mit einer Partei zu tun, die event. vor einem gewalttätigen Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht zurückschreckt. Abg. v. Dollmar: hat sich auf den französischen Sozialismus berufen. Der französische Sozialismus ist aber extrem-agrarisches. (Sehr richtig! rechts.) Was die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers anlangt, so muß ich angeben, daß wenn die gegenwärtigen Zustände fortbestehen, es dem Präsidenten immer schwerer wird, die Person des Kaisers von der Debatte fern zu halten. Es könnte sonst dahin kommen, daß Majestätsbeleidigungen, die außerhalb des Hauses schwer bestraft würden, hier im Reichstage ausgesprochen würden. Hoffentlich trifft der Reichskanzler Maßregeln, um solchen Zuständen tanlichst vorzubeugen.

Abg. Schrader (frf. Vgg.):

Der Führung der auswärtigen Politik durch den Reichskanzler kann ich meine Anerkennung nicht versagen. Die Schwierigkeiten mit England können nicht vom Reichskanzler, sondern von einer anderen Stelle; sie gehen namentlich auf eine gewisse Depesche zurück! — Wenn die französischen Sozialdemokraten für hohe Agrarzölle schwärmen, so ist das ihre Sache; die deutschen Sozialdemokraten wird das kalt lassen. (Abg. Stinger: Sehr richtig!) — Betreffs der Venezuela-Angelegenheit halten wir das Haager Schiedsgericht für die zuständige Stelle und sind dem amerikanischen Präsidenten dankbar, daß er die Vermittlung abgelehnt hat. Ich werde mich nun zum Etat. Mit Herrn Richter stimme ich darin überein, daß vor allem am Marine- und Militäretat die nötigen Vorgehen genommen werden müssen. Unsere Kolonien sind in einer gewissen Durcheinanderung entstanden; da wir sie nun aber haben, sollten wir darauf Bedacht nehmen, sie auf alle Weise — namentlich durch Entwicklung der Verkehrsmittel — rentabel zu machen.

Die unvernünftige Wirtschaftspolitik der letzten Jahre — Börse, Gesetzgebung, Zolltarif — hat an der jetzigen wirtschaftlichen Depression viel beigetragen. Im nächsten Reichstage wird die ganze Zolltarif-Frage unvermeidlich neu aufgerollt werden. In der berühmten Riesenfrage vom 13. zum 14. Dezember haben zwar die Mehrheitsführer die Grafen Bilow und Posadowsky befallt; aber der Bund der Landwirte wird mit neuen Forderungen hervortreten und das alte Spiel auf Neuzug beginnen.

Es ist ganz unvermeidlich, daß der Reichstag sich mit den kaiserlichen Reden beschäftigt. Was über Weisung erlaubt ist, muß auch den Reichstagsabgeordneten gestattet sein, sonst ist der ganze Parlamentarismus nichts wert. (Sehr richtig! links.) Die konservative Opposition ruft immer noch einem neuen Bismarck. Fürst Bismarck ließ sich von den Konservativen nicht bieten, was sich Graf Bilow bieten ließ. Bog der die Kürassierkoppel an, so erschien auch Herr v. Schrader in Kadetten. (Heiterkeit.)

Die Angriffe auf die Redefreiheit der Abgeordneten werden dazu führen, daß gerade die Grenzen der Redefreiheit überschritten werden, die sich sonst jebermann gern gefallen läßt. Hoffentlich führt der Reichskanzler eine Aenderung herbei, indem er die gestrige Reichstagsabhandlung dem Kaiser vorlegt und dafür sorgt, daß wir hier uns zukünftig nicht mit dem Kaiser, sondern mit dem Reichskanzler zu beschäftigen haben. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Seit 15 Jahren befolgt die Regierung gegenüber den Parteien die Parole: Divids est impora!

In der letzten Zeit ist viel von Arbeiterkündigungen und Arbeiterdeputationen die Rede gewesen, die dem Kaiser Treue und Anhänglichkeit zusicherten und von denen man eine Schwächung der Sozialdemokratie erwartete. Die Sozialdemokratie wird sich dagegen verteidigen; wenn sie es hier nicht darf, wird sie es eben anderswo tun. Der Wert solcher Kundgebungen ist mir sehr zweifelhaft; es ist unzweifelhaft, daß die Mehrheit der deutschen Arbeiter auf Seiten der Sozialdemokratie steht und daß jede Kriegserklärung gegen die Sozialdemokratie nur dazu führt, daß sich die Arbeiter immer mehr mit ihr identifizieren. (Sehr richtig! links.) Gewiß hat die deutsche Versicherungsgesetzgebung segensreich gewirkt, aber wenn der Reichskanzler die englischen Arbeiter, auf die er sich gestern bezog, fragen würde, ob sie ihre heimischen Freiheiten mit den Wohltaten der deutschen Versicherung vertauschen wollten, so würden sie sicher antworten! — Das fällt uns gar nicht ein! (Sehr richtig! links.) Am besten machen wir die Arbeiter durch bessere Steuer-

Aus aller Welt.

Seitje-Sittlichkeit. Unser Ebersfelder Bruderorgan giebt folgendes Wunterbeispiel ultramontaner Heinge-Sittlichkeit: Ein Kunsthandwerker in dem schwarzen Münster hatte im Fenster seines Ladens ein Bild angebracht, das eine Rubierin vorstellen soll. Die Rubierin ist von den Hüften aus bis zu den Knien allerdings in sitzender, absolut nicht herausfordernder Stellung nackt gemalt, wenn man nicht die großen Ohrringe als Kleidungsstücke betrachtet. Will man das Bild sehen, so muß man in der engen Salzstraße schon den Kopf arg in die Höhe recken. Dies hat nun auch scheinend jemand getan; denn dieser Jemand läßt sich im „Münsterischen Anzeiger“ Nr. 13 folgendermaßen ans:

„In den hiesigen Kunsthandlungen war es bisher üblicher Brauch, Bilder, an denen man Anstoß nehmen konnte, nicht in die Schauauslagen zu stellen. Zu unserm lebhaften Bedauern, namentlich im Hinblick auf die Jugend, macht die Firma Carl Weinborn hier selbst eine unehrenhafte Ausnahme in dieser Beziehung. Wir hoffen, daß der Druck der Öffentlichkeit die Entfernung des betreffenden Bildes zuwege bringen wird, nachdem eine unter der Hand erfolgte Anregung fruchtlos geblieben ist.“

Was ist nun die Folge dieser Lokalnotic? Nicht etwa, daß das Bild entfernt worden ist — nein, daß ganz Münster, groß und klein — männlich, weiblich, säklich, in Scharen an dem Hause vorüberzog, sich den Hals verreckte, vorübergehend und nach hundert Schritten umdrehte, um noch einmal dem Bilde seine Reverenz zu bezeugen.

„Lieb Vaterland, magst ruhig sein.“ Ein befehrter Patriot schreibt der „Münchener Post“ unter gleichzeitiger Uebereinstimmung des Betrages von 20 Mark für den sozialdemokratischen Wahlfonds: „Gebiete Redaktion! Auf Veranlassung der gestern berichteten Mendsburger „Dredkesserei“ (Siehe Nr. 12 der „Volkswacht“: Scheußliche Soldatenkinder!) übersende ich Ihnen 20 Mark zum Wahlfonds. Es ist die letzte Leistung ein glanzvolles Zeugnis militärischen Gehorsams und Disziplin, worauf wir Deutsche stolz sein können und das Ausland uns sicher darum beneiden wird. Wenn ein deutscher Soldat, der des „Königs Red“ trägt, auf „dienlichen Befehl“ Dredkesserei trinkt, hierauf wieder frißt, können wir mit solchen Soldaten die Welt erobern. Lieb Vaterland, magst ruhig sein!

Ein, der gestern noch Patriot war.“

Ein Ehebruchdrama hat sich Dienstag Abend in Spandau ereignet. Als der Arbeiter Schwerfeger nach Hause zurückkehrte, fand er seine Wohnung verschlossen. Während er einen Schlosser holte, versuchte ein Mann, sich an einem zusammengebundenen Strick aus dem Fenster der 3 Treppen hoch gelegenen Wohnung herabzulassen; der Strick riß jedoch und der Mann, ein früherer Schlafburche, der mit der Frau des Arbeiters Beziehungen unterhielt,

blieb schwer verletzt liegen. Die Frau machte einen Selbstmordversuch, indem sie sich einen Revolverkugeln in den Kopf beibrachte. Vorher hatte sie ihre 9jährige Pfluggewichte ebenfalls durch einen Schuß verwundet.

Eine ganze Familie durch Wurf vergiftet. Ein erschütternder Vorfall hat sich in Sommerfeld in der Mark abgespielt. Als Freitag früh der Laden des Sattlermeisters M. in der Nischenstraße nicht geöffnet wurde, wurde die Polizei aufmerksam gemacht, die sich Zugang verschaffte. In der Wohnung bot sich ein fürchterlicher Anblick dar. Neben einer Wiege, in der sich das kleinste Kind der Familie befand, lag Frau M. tot auf dem Fußboden; ferner wurden ein zweijähriges und ein vierjähriges Töchterchen enseitelt aufgefunden. Bewußtlos, aber noch lebend, traf man den Sattlermeister M. und seine sechsjährige Tochter an, während das Kind in der Wiege vollkommen munter war. Nach den bisherigen Feststellungen liegt Vergiftung, verursacht durch den Genuß von Grünwürstchen vor. Das traurige Geschick der Familie erweckt allgemeine Teilnahme. An dem Auskommen des Mannes und seiner sechsjährigen Tochter wird gezweifelt.

Kinderlegen. Einem Reform im Kinderlegen hat der Fuhrmann Engels in Kardorf (Höln) aufgestellt. Er meldete dieser Lage sein dreijähriges Kind auf dem Standsamte. Engels ist zum zweiten Male verheiratet; aus der ersten Ehe stammen 17, aus der zweiten 13 Kinder. Sein Haus ist ihm begehrtlicher Weise zu klein geworden und der jetzt 60jährige Mann muß sich nach einer größeren Wohnung umsehen.

Ein Bild sozialen Glends bot eine Verhandlung vor dem Schwurgericht in Mes gegen einen Landbriefträger wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung. Der arme Teufel hat sechs Kinder und ein Gehalt von 50 Mk. monatlich. Das erst die letzten zwei Monate seiner Dienstzeit auf 70 Mk. erhöht worden war. Als Motiv seiner Handlung giebt der Angeklagte an, seine Kinder hätten von ihm Brot verlangt, da er kein Geld gehabt, habe er sich an dem anvertrauten Gelde vergreifen, um Brot zu kaufen. Später dat er dann das Geld wieder ersetzt und an seine Adresse abgeführt. Die Geschworenen vernichteten die Schuldfrage, worauf die Freisprechung erfolgte.

Wein Schüttelhäufen. In der Nähe von Grenzsmühlen bei Radek brachen beim Schüttelhäufen drei Gyanastaffen ein. Zwei ertranken.

Drei Personen ertranken am Sonntag Abend in der Deime bei Scheladen (Niederrhein), indem sie vom Eise aus in eine offene Stelle gerieten. Mehrere von den zu Hilfe Eilenden brachen, nach der „Königsb. Hari. Ztg.“, ebenfalls ein, konnten aber gerettet werden.

Ferner ertranken auf ähnliche Weise in Luisenburg und Roskos vier Schulfaben, in Neubrandenburg zwei Maurer und in Braak ein Recht.

Durch eine Kesselexplosion in einer Eisfabrik zu Biffon (Grafschaft Stafford) wurden zwei Personen getödtet und neun schwer verletzt.

Der irische Dampfer „Ubuha“, der der City of Cork Steam-Packet-Company angehört und auch Postdienste verrichtet, wird seit Freitag Morgen vermisst und ist auf der Reise von Cardiff nach Cork mit seiner ganzen Besatzung in einem Sturm untergegangen. Schiffsrumpf, Boote, Rettungsgeräte u. s. w. zum Teil mit dem Namen „Ubuha“, auch drei Leichen von Personen, die zum Schiff gehörten, sind schon gefunden worden. Der Dampfer hatte eine Besatzung von 26 Mann und 14 Fahrgäste an Bord.

Bergunfall. Aus Offen wird berichtet, daß auf der Seche „Prinzregent“ durch schlagende Wetter zwei Bergleute tödtlich verletzt worden sind. Ein Bremser stürzte in den Schacht und blieb tot.

Im Nämischen Theater zu Büssel drei Sonntag Abend während der Vorstellung ein 20- bis 22-jähriger junger Mann von der 2. Gallerie aus einer Höhe von ungefähr 30 bis 35 Meter ins Parkett. Er wollte aus der zweiten Reihe des genannten Plages über die niedrige Lehne in die erste Reihe klettern, trat fehl und stürzte kopfüber in den Saal. Da der elektrische Lampe des zweiten Balkons blieb er an seinen Kleidern hängen und fiel an der linken Seite zwischen Logen und Parkett in den schmalen Gang nieder. Im Fallen streifte er den Arm einer Dame, die ziemlich schwer verletzt ist, er selbst blieb besinnungslos liegen. Viele Damen wurden ohnmächtig. Nach zehn Minuten erst wurden zwei Ärzte zur Stelle. Nach vielen Bemühungen gelang es, den jungen Mann wieder zur Besinnung zu bringen. Man führte ihn ins Krankenhaus St. Jean über, das er nach ungefähr 35 Minuten zu Fuß verließ; er hat, nach der „Höln. Zig.“, keine Verletzungen davongetragen.

Das folgende gemüthvolle Weirathsgesuch lesen wir im Insteratenth: der „Voss. Zig.“:

Bin 50 Jahr, von altem Adel, Such' eine Gattin jetzt, die ohne Tadel, Bereit auch ist, mich alten Kerl zu frein, Fürwahr, sie soll es nie bereuen! Vermögen müssen sein so ein'ge 100 000 Mark, Weil dadurch wird die Liebe um so stärker Und hält dann aus bis an des Lebens Ende, O, daß ich doch solch' liebes Weibchen fände! Adresse bitte ich, vertrauensvoll zu schicken, Ich sehr' sogleich dem Junggesellthum den Rücken.

gehe (Abg. Sebel: Dabei werden wir Ihnen stets helfen!) der Sozialdemokratie absperrig.

Wir freuen uns über die Sicherung des Wahlgeheimnisses; durch einen darauf bezüglichen Gesetzesentwurf wird aber weder die Diktatur gelöst, noch den Wahlbeeinflussungen vorgebeugt.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Ich hoffe, daß auch die konservative Partei dem Gesetzentwurf zur Sicherung des Wahlgeheimnisses zustimmen wird.

Ich hoffe, daß auch die konservative Partei dem Gesetzentwurf zur Sicherung des Wahlgeheimnisses zustimmen wird. Herr von Kardorff unterschätzt die Bedeutung des geistigen Kampfes gegen die Sozialdemokratie.

Herr v. Kardorff hat in einer Versammlung das rechte Wort gesprochen: etwas mehr Ehrlichkeit, das ist es, was zum Abschluß der Handelsverträge gehört.

Am Marine-Etat können Einsparnisse gemacht werden: zu hoch ist auch der Zuschuß zu der Weltausstellung von St. Louis. Es sind nicht Generale, die der Reichskanzler behauptet, die fürsten, die die Befehlungen der „Schiffe“ auszubaden haben.

Reichskanzler Graf Bülow:

Herr von Kardorff schien nicht einverstanden zu sein mit der Handbemerkung des Kaisers zu dem Bericht des Fürsten Radolin über seine Unterredung mit Willstrand.

Herr Willstrand vertritt energisch die Meinung der unteren Klassen, wogegen die Vorgerichte nicht allzusehr geneigt ist. Dazu hatte der Kaiser an den Rand geschrieben: „Nichtig — aus das überall.“

Herr Richter hat jene Ängste, wenn auch in geschickter und gemäßigter Form, gegen die Person des Monarchen gerichtet und nicht gegen die konstitutionellen Minister.

Ich komme nun zu den Ausführungen des Abg. Liebermann von Sonnenberg. Unter den Beweisen, von denen ich gestern sprach, steht der Herr Abgeordnete unangenehm in erster Linie.

Ich möchte nicht, daß ich mich dieser Verantwortunghaftigkeit zu entziehen hätte. (Emphase: Umstände!) Wenn zwischen dem Monarchen und mir ein Zwiespalt darüber entsteht, auf welche Weise den Interessen des Landes am besten zu dienen ist, so würde ich diesem Zwiespalt dadurch ein Ende machen, daß ich St. Petersburg über, auch in Gnaben zu entsenden.

Ich möchte nun auf eine Äußerung des Herrn v. Kardorff kommen, der gesagt hat, wir seien in unserer äußeren Politik zu freundlich und liebenswürdig, mit anderen Worten zu weich.

Ich möchte nun auf eine Äußerung des Herrn v. Kardorff kommen, der gesagt hat, wir seien in unserer äußeren Politik zu freundlich und liebenswürdig, mit anderen Worten zu weich.

Ich möchte nun auf eine Äußerung des Herrn v. Kardorff kommen, der gesagt hat, wir seien in unserer äußeren Politik zu freundlich und liebenswürdig, mit anderen Worten zu weich.

Abg. v. Kardorff (Kpl.): Herr Liebermann behauptete, es gäbe keine freikonservativen Wähler. Ich habe ihn ein, in meinen Wahlkreis zu kommen, dort kann ich ihm Tausende zeigen. (Beifall.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr verlagert. Schluß 5 1/2 Uhr.

lokales und Provinziales.

Breslau, den 22. Januar.

* Unternehmerville über den Gesetzen.

Wir brachten vor Kurzem folgenden Auszug aus der Arbeitsordnung der Hedwigwünschgrube in Oberschlesien, welche der Vorsig'schen Verwaltung gehört.

Gegen alle Festsetzungen und Anordnungen des Betriebsführers oder seiner Stellvertreter steht den Arbeitern der binnen längstens sechs Tagen zu betriebsbeschwerden offen. (Dieser Weg wird dann in seinen einzelnen Instanzen angegangen.)

Dazu bemerkt die „Soziale Praxis“: Diese Bestimmung, die den Arbeitern die Anrufung des Gewerbegerichts in gewissen Fällen verbietet, ist unseres Erachtens gesetzwidrig. Die Gewerbegerichte sind reichsrechtliche Institutionen, die Streitigkeiten zwischen selbstständigen Gewerbetreibenden mit ihren Arbeitern entscheiden.

* Ein Justizbeamter. Zur Verhütung einer zweijährigen Indultfrist, an der er wegen verurteilten Diebstahls vom Landgericht in Oels verurteilt worden ist, wurde vor einigen Tagen der Arbeiter Benjamin G. in die Strafanstalt Rawitsch eingeliefert.

* Unglücksfall. Der einigen Abenden hatte sich in einem Grundloch am der Fährstraße angelehnt ein Mann eingeschlichen, nach welchem durch mehrere Personen gesucht wurde.

* Ein Kind verbrannt. Die fünf Jahre alte Tochter eines Kaufmanns kam am 17. d. M. in der am Rempfe gelegenen ersten Abteilung des Theaters zu nahe, daß die Kinder des Kindes in Brand geriet.

* Ein Einbruch. Am 21. d. M. Vormittags in einer Wohnung in der Straße 20. Ein Diebstahl, der zu nahe an der Fronte stattfand, hat in Brand geriet und überdies das Feuer auf die Decke, Wände, einen Schrank mit Wäsche, Bilder, Spiegel und die Lampe über einen Teil der Schalldecke, die Tür und ein Fenster. Das Feuer löschte die Feuerwehr in kürzester Zeit mit mehreren Eimer Wasser.

* Strafbefehl. Am 17. d. M. verurteilte ein Handelsmann einen Arbeiter zum Arrest und erhielt dafür 3 Mk. Dieses Geld bestand aus einem Einbruch und außerdem einem Verurteilung. Das letztere wurde sich aber nicht als eine wertvolle Entschädigung.

* Strafbefehl. Gegen das schreckliche Element der letzten Jahreshälfte ist unsere Kriminalpolizei aufgrund der reichlichen Verurteilungen des Strafgerichtes in der letzten Jahreshälfte ganz besonders energisch vorgegangen.

* Strafbefehl. Am 17. d. M. verurteilte ein Handelsmann einen Arbeiter zum Arrest und erhielt dafür 3 Mk. Dieses Geld bestand aus einem Einbruch und außerdem einem Verurteilung. Das letztere wurde sich aber nicht als eine wertvolle Entschädigung.

* Strafbefehl. Am 17. d. M. verurteilte ein Handelsmann einen Arbeiter zum Arrest und erhielt dafür 3 Mk. Dieses Geld bestand aus einem Einbruch und außerdem einem Verurteilung. Das letztere wurde sich aber nicht als eine wertvolle Entschädigung.

dieser Verfassungen dienende Angaben machen kann, wird ersucht, sich im Zimmer 57 des Polizeipräsidiums zu melden.

* Mit Beschlag belegt wurde ein gefälschter Taler von mütter Prägung mit dem Münzzeichen A und der Jahreszahl 1862. Angaben zur Ermittlung des Fälschlers sind im Zimmer 62 des Polizeipräsidiums zu machen.

* Gefangenommen wurde eine Arbeiterin, die in einer Fabrik ein Portemonnaie mit Inhalt gestohlen hatte.

* Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 20. d. Mts. 31 Personen eingeliefert. — Gefangen wurden: Ecks Kaffeelöffel, ein Schlüsselbund, ein Krankenassenbuch, eine Pfefferdecke, ein schwarzer Hut und ein Portemonnaie. — Abhandeln kamen: Eine goldene Damenuhr, ges. A. S., eine goldene Damenuhr mit goldener Kette, ein Vincenz, eine Bismarckentafel, eine schwarze Reifdecke, eine goldene Kravattennadel, eine Box (Schuhe), eine Wulstfelle mit blauen Perlen, ein goldener Ring mit einem Achat und ein Portemonnaie mit 41 Mark.

Bunzlau, 11. Januar. Wahlvereins-Versammlung.

Den ersten Punkt der Tagesordnung: Die alljährliche Mitglieder-Statistik nach Berufen erhaltete Genosse Kalfbrenner. Es war im Allgemeinen eine erfreuliche Zunahme zu konstatieren, wenn auch einige Berufe, wie zum Beispiel die Metallbranche, Schriftsetzer und Glasmacher, verhältnismäßig schwach vertreten waren.

r. r. Tiefenfurt, 20. Januar. Preßverhältnisse. Zu der am Sonntag Nachmittags 5 Uhr in hiesiger Brauerei abgehaltenen Wahlvereins-Versammlung hatten sich fast alle Mitglieder eingefunden.

Für den Wahlfonds gingen vom 6. bis 19. Januar ein: Verband der Maurer durch Widera 50 Mk., Frauen durch Heymann 1 Mk., Ein Uhr-Etat 70 Pf., aus dem Arbeitersekretariat 20 Pf., Arbeitslos-Kasse 45 Pf., Arbeitslose Lagerierer 135 Mk., Leutenverein „Solidarität“ 120 Mk., Vorstandsfiat durch Zimmer 45 Pf., Amerikanische Auktion der Bücher bei Kuch 130 Mk., Schafstapel im Gewerkschaftshaus durch Vogt 120 Mk., Gemütslicher Tisch im „Rustbaum“ durch Kell 70 Pf., von den roten Löwen, Fährstraße, 1. Rave durch Koste 170 Mk., Schwesternrat und 1 Zigarrenspitze 50 Pf., Waldschneidbau Kofel 140 Mk., Amerikanische Auktion, Weinachtspräsident vom 15jährigen 215 Mk., aus dem Arbeitersekretariat 50 Pf., R. 166 durch Peifer 105 Mk., Karte R. 250 Mk., A. M. 1 Mk., aus einer Streitsache 20 Mk., beim Konzert am 18./1. zweimal 40 Pf. gleich 80 Pf., Fräulein R. Reis 10 Pf., vom fidelem Auszug nach der Schulgenossenschaft 60 Pf., von der Gipskapelle des M.-G.-B. „Tiara“ 80 Pf.

A. A.: Paul Deppner, Neue Graupenstr. 5/6 oder Friedrich Wilhelmstr. 89, ptr.

Aus der Geschäftswelt.

Die Original-Singer-Nähmaschinen der Singer Co. Nähmaschinen Akt.-Ges. in Prag (frühere Dmiz) wurden auf der hiesigen deutschen Gewerbe-, Industrie- und landwirtschaftlichen Ausstellung in Leipzig mit dem Staatspreis, der „Silbernen Staatsmedaille“, ausgezeichnet.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 22. Januar: Holzarbeiter-Versammlung im Saale. Freie Zunfterschaft. Zimmer Nr. 1. Roter-Verband. Zimmer Nr. 2. Freitag, den 23. Januar: Holzarbeiter-Verband. Zimmer Nr. 1. Verband freier Hülfskassen. Zimmer Nr. 2. Maurer-Gesang-Verein „Vorwärts“. Zimmer Nr. 3.

Versammlungen und Vereine.

Katibor. Sattelbock: F. Benedix, Poststr. 21, U. Versammlungslat Bernig, Br. Vorstadtstr. 38. Sonnabend, den 24. Januar: Holzarbeiter. Theater und Ball.